

Jörg Baberowski: „Am Volk vorbei. Zur Krise der liberalen Demokratie“

Kein Problem mit Populismus

Von Katharina Döbler

Deutschlandfunk Kultur, Lesart - das politische Buchmagazin, 21.02.2026

Der Osteuropa-Historiker Jörg Baberowski untersucht die Geschichte der Demokratie und stellt ihre derzeitige Praxis in Frage. Seine Kritik gilt vor allem den liberalen politischen Eliten.

Der historische Widerspruch der Demokratie besteht darin, dass das Volk souverän sein soll und doch beherrscht wird. Er ist so alt wie alle ihrer Erscheinungsformen diesseits der Antike. Im Einstieg zu seiner Kritik an der real existierenden liberalen Demokratie denkt Jörg Baberowski, Osteuropa-Historiker an der Berliner Humboldt-Universität, über diesen Widerspruch und über Staatlichkeit nach, indem er Zitate von Carl Schmitt, Bakunin und Nietzsche in die Luft wirft.

Historischer Überblick

Gefolgt werden diese Überlegungen von einem hochinteressanten Streifzug durch die europäische Geschichte der Demokratie, angefangen mit Aristoteles: Aufklärung, ständestaatliche Verfassungen, Entstehung der Parteiapparate, allgemeine Repräsentanz nach Ende des Ersten Weltkriegs.

Damals, so Baberowskis Darstellung, bekam das Volk Verfassung und Freiheitsrechte, „aber danach hatten die meisten Menschen überhaupt nicht gefragt. Sie verlangten vielmehr nach sozialer Sicherheit, Anerkennung und Gerechtigkeit, und wo die Demokratie an der Bewältigung dieser Herausforderung zerbrach, eröffneten sich für Kommunisten und Faschisten ungeahnte Möglichkeiten.“ Die sie bekanntlich nutzten. In der Folge betrachteten die politischen Eliten ihre Wähler mit Misstrauen. Ein „Liberalismus der Furcht“ (Judith Shklar) entstand, der die Bürger vor sich selbst schützen zu müssen glaubt. Was sich die Bürger im funktionierenden Sozialstaat und wirtschaftlichen Aufstieg auch gefallen ließen.

Doch dann kam die Krise des Kapitalismus in den 1970er Jahren, es folgte der Neoliberalismus mit dem „Grundsatz, daß die Freiheit des Individuums und sein Recht auf privates Eigentum dem Streben nach Gleichheit vorzuzuziehen seien, Kapitalismus und Demokratie in einem zwangsläufigen Zusammenhang stünden.“

Jörg Baberowski

Am Volk vorbei. Zur Krise der liberalen Demokratie

C.H. Beck

208 Seiten

25 Euro

Feindbild liberale Demokratie

Hier setzt die leidenschaftliche Kritik des Autors an der neoliberalen Globalisierung ein, von der nur kosmopolitische, wohlhabende Eliten profitieren, während alle anderen zentrale sozialen Strukturen verlieren: lokale Bindungen, Solidarität, Verlässlichkeit.

Die liberale Demokratie der Gegenwart identifiziert der Autor als deren Manifestation: ein elitärer, vor allem sich selbst erhaltender Machtapparat, der sich und seine Politik als alternativlos darstellt und jede Kritik als ideologisch und demokratiegefährdend von sich weist.

Als Instrumente zu ihrem Machterhalt nennt er „Fernsehanstalten, Zeitungsredaktionen, politische Vereine, Meldestellen und andere Organisationen, die sich vom Steuergeld und von Zuwendungen der Regierung am Leben erhalten“. Sie würden „zu Institutionen der Zivilgesellschaft“ erklärt, um ihr obrigkeitliches Handeln zu verschleiern. Die Universitäten, an denen der Autor seit jeher arbeitet, die Theater, die Stiftungen, die Lobbyisten? Hat er womöglich einfach zu erwähnen vergessen.

Schludriger Kampfbegriff Populismus

Mit Populismus hat Baberowski kein Problem. Wobei er es auch hier unterlässt zu klären, was damit gemeint ist. Das Aufbegehren gegen eine abgehobene Elite, die die Bedürfnisse der Regierten nicht ernst nimmt, ist eine Sache, der man derzeit leicht zustimmen kann. Aber was ist mit der Agenda der entsprechenden Parteien? Der Autor scheint sie nicht weiter erschreckend zu finden. „Aber welche populistische Partei im Europa der Gegenwart hat eigentlich je verlangt, daß demokratische Wahlen abgeschafft werden müssten?“ Keine, ist seine Antwort.

Es scheint, als habe der Autor noch nie das Wort Remigration gehört; und vielleicht war sein Buch schon geschrieben, bevor die Übergriffe auf Menschen ausländischer Herkunft in den USA zur Staatsnorm wurden. Jedenfalls versteigt er sich zu der Behauptung: „Populisten stellen vieles in Frage, „die Demokratie aber nicht.“

Man kann dagegen einwenden, dass in Ungarn oder Polen die Demokratie durch Korruption und Eingriffe in die Gewaltenteilung durchaus in Frage gestellt wurde. Aber Baberowski meint eine Demokratie, die sich nicht auf Rechtsstaatlichkeit und eine parteipolitisch gesteuerte Judikative stützt, sondern eine, die sich selbst im Rahmen ihrer „Kulturgemeinschaft“ neu erfindet.

Baberowski bleibt aber eine Einordnung schuldig, und das ist das Problem seiner gesamten Argumentation: Was genau ist dieser chancenreiche Populismus überhaupt? Das Parteiprogramm der AfD? Zwischen den Zielen von Jean-Luc Mélenchon und Alice Weidel liegen Welten.

Es gibt andere Vorschläge für Auswege aus der gegenwärtigen Krise der Demokratie, als den, die „Populisten“, welche auch immer, doch bitte machen zu lassen. Etwa den einer „deliberativen Demokratie“ – die nicht nur die Stimmabgabe bei der Wahl, sondern öffentliches Nachdenken und Argumentieren, etwa in Bürgerräten, zur Grundlage von Regierungsprogrammen machen will. Aber diese gar nicht so neue Idee erwähnt Baberowski nicht einmal.